

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

erschint 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Kasse monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. a. m. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 1015, 1016, 1017. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 30 Pf., Restbezugsstelle 1.75 M.; außerhalb 30 Pf., Restbezugsstelle 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif, Sonderbeilagen 6 M., pro 1000.

Nummer 376

Freitag, 15. August 1919.

73. Jahrgang

Die Schwindsucht der Reichsmark.

Am gleichen Tage, an dem das Reichsgesetzblatt die neue Verfassung verkündete und ideal gestimmte deutsche Republikaner Freudenhymnen anstimmten, ist in Zürich ein abermaliger Rückgang des Markkurses erfolgt: Die deutsche Währungseinheit gilt in der Schweiz nur noch 9.3 Franken. Das bedeutet gegen den Stand vom 30. Juni (unmittelbar nach Friedensschluss), die Mark notierte bei Halbjahreschluss in Zürich eine geradezu verblüffende Verfallschätzung unserer Valuta. Gegenüber den Erwartungen bei Abschluss der Friedensverhandlungen, der Markkurs war am 28. Juni bis auf 46.— hinausgeschossen, ist dieser Fall einer Katastrophe gleichzusetzen, hängt doch die gesamte Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den nächsten Jahren zuerst vom Stand der Währung ab. Verglichen mit der Bewertung der Mark bei Beginn des Jahres und drei Monate später — Berlin notierte in Zürich am 2. Januar 1919, am 30. April 41.— — zeigte die Notierung bei Schluss des ersten Halbjahres (42.50) eine erfreuliche Besserdigkeit. Mit Recht wurde aus dem Verharren auf dem, wenn auch schon fast ermäßigten Stande gefolgert, daß fortan der Entwertungsspross unseres Geldes einer „Wiedergutmachung“ Platz machen und daß der Tiefstand in den Tagen vor Zustandekommen des Friedens (25) nicht unterschritten würde. Aber die Optimisten denken und unsere Regierungswesen lenken. Denken in dem Sinne der „Freiheit“, die wir errungen zu haben glauben. Denn „frei sein“ bedeutet nach der Auffassung der heute maßgebenden Stellen, daß ein Jeder machen kann, was er will, einerlei ob seine Handlungsweise das Vaterland schädigt oder nicht.

Diese Schädigung der deutschen Wirtschaft infolge der fortgesetzten Ausstände, Streikdrohungen und Lohnforderungen — das ist der brennende Punkt, um den sich hier alles dreht. Ohne Zweifel hat die Veränderung der deutschen Produktionskraft das härteste Loch in die Bewertung unserer Mark gerissen. Es spielen wohl noch eine ganze Reihe anderer Faktoren eine Rolle in diesem, nicht nur vom ökonomischen Standpunkt, erniedrigenden Drama der Marktwährung; vor allen übrigen Einwirkungen maßgebend aber der hemmende und vernichtende Einfluß der Streikbewegungen. Beispiele beweisen — was soll das Ausland von dem deutschen Willen zum Wiederaufbau glauben, wenn die Nachricht hinanschlattert, daß bald hier, bald dort Fabriken ihre Betriebe schließen müssen, weil die Produktion angesichts der Forderung nach weiteren Lohn-erhöhungen unlohend geworden und weil in einzelnen Fällen auch schon alle Reserven aufgebraucht worden sind? Was sollen die Zentralen von einer Regierungsmaschine denken, die immer zuerst auf die Politik und nach einer ganzen Weile erst auf das, was uns mehr nützt, auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten eingestrichelt ist! Mag auch alles andere in Trümmern liegen, wenn nur die Grundzüge gewahrt bleiben. Eine sehr edle und ehrenwerte Zielsetzungnahme, bei deren Anwendung aber unsere Wirtschaft immer mehr dem Zusammenbruch zutrifft. Was nützt uns die beste Verfassung der Welt, wenn wir dabei verhungern? Die Arbeiter, die zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse mehr Lohn fordern und die dann in den Ausständen treten, wenn ihre Wünsche unerfüllt bleiben, sind die Verkörperung des alten Juristenspruchs: Fiat iustitia, percat mundus. Die Arbeiterführer müssen auch ihre Rechte in rein politischen Streikbewegungen aus, weil sie im Rechte zu sein glauben und die Wirtschaft der Anderen sie nicht kümmert. Einerlei, ob der Betrieb unrentabel wird und geschlossen werden muß: Der Ausstand wird aus Prinzip erklärt. Und „aus Prinzip“ gehen wir dabei alle zu Grunde....

Aber alle Mahnrufe, alle Belehrungen und Versuche, die Massen über das zweischneidige Schwert ihrer Streikpropaganda aufzuklären, haben bisher verfehlt. Wer nicht hören will, muß fühlen. Der neuerliche Sturz des Markkurses bedeutet, daß wir für jedes Pfund Speck, für jede Dose Milch zu einer Mehrausgabe von 30 v. H. verurteilt sind; bedeutet weiter, daß unsere Milliardenzahlungen endlos verlängert werden, denn die deutsche Mark ist ja seit Abschluss der Bedingungen wieder um mehr als den viersten Teil ihres Standes entwertet worden. Die furchtbare Härte dieser Rückwirkungen wird einem Jeden fühlbar werden. Wenn das so weiter geht, verliert Deutschland zum zweiten Male einen Weltkrieg.

Das amerikanische Orientmandat.

mx. Paris, 14. Aug. (Reuter.) Der amerikanische General Harbord und zwei weitere amerikanische Generale begeben sich demnächst nach Armenien und Trans-Kaukasien, um Untersuchungen darüber anzustellen, welche Verpflichtungen die Übernahme des Orientmandats mit sich bringen würden.

Arbeiterunruhen in Luxemburg.

Gefangennahme der Abgeordneten.

mx. Luxemburg, 14. Aug. Etwa 20 000 Arbeiter haben gestern vor der Deputiertenkammer manifestiert, wobei sie eine Teuerungszulage verlangten. Die Kammer hat daraufhin eine Teuerungszulage von 250 Francs bewilligt. Die Arbeiter verlangten eine solche von 450 Francs. Da die Deputierten sich weigerten, auf den Beschluß zurückzukommen, sind die Manifestanten in die Kammer eingedrungen, wobei sie Schüsse abgaben. Sie haben die Abgeordneten gefangen genommen. Alle Befreiungsversuche sind bis jetzt fehlgeschlagen trotz des Aufgebots von Truppen.

Ausdehnung des Streiks in Oberschlesien.

mx. Kattowitz, 14. Aug. Morgen findet mit dem Staatskommissar in Kattowitz eine Sitzung statt, die sich mit der Streikfrage beschäftigen wird. An dieser werden die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen teilnehmen. Das Zaborzer Lichtwerk schloß sich heute mittag dem Streik an. Weiter traten in den Streik ein: Die Frieden-, Emanuel-, Segen-, Föhren- und Weinberg-Grube. Von den Hüttenwerken schlossen sich dem Streik an die Baildonhütte und die Othemannhütte bei Schöpsch. Sollte ein Pächterstreik eintreten, dürften noch weitere Hüttenwerke gezwungen sein zu schließen.

Die Ausstandsbewegung in den Banken.

Eine in Hamburg am 14. August abgehaltene Versammlung der ausländischen Bankangehörigen hat mit 1500 gegen 2 Stimmen bei Stimmenthaltung eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß auf die neuerlichen Vorkläge der Bankleitungen nicht eingegegangen werden könne.

Am Abend an dieser Haltung steht die folgende Meldung aus Berlin, 14. Aug.: Obwohl die Zentralversammlung der Anzeigenausschüsse im Bankgewerbe den Angehörigen empfohlen hatte, die Vorkläge der Berliner Bankdirektionen über die Gewährung einer Wirtschaftshilfe abzulehnen, hat die Abstimmung in der Diskontogemeinschaft das Ergebnis gehabt, daß eine überwältigende Mehrheit sich für die sofortige Annahme des Vorschlages der Bankleitungen erklärte.

Die Gefangenfrage.

mx. Amsterdam, 14. Aug. Bonar Law erklärte im Unterhause auf eine Anfrage Antwortend, welche Schritte unternommen würden, um die deutschen Kriegsgefangenen in England fest, wo die deutsche Regierung den Friedensvertrag unterzeichnet habe, in die Heimat zurückzuführen: Die Gefangenen würden sobald wie möglich nach der Ratifikation des Friedensvertrages in die Heimat zurückgeführt werden. Dies sei jedoch eine Angelegenheit, die dem Friedensvertrag zufolge gemeinsam mit allen Alliierten verhandelt werden müsse.

Die letzten Internierten aus der Schweiz.

mx. Konstantin, 14. Aug. Gestern nachmittag ist der letzte Transport deutscher Internierten aus der Schweiz, bestehend aus acht Offizieren und vierzig Mann, hier eingetroffen. Am Dienstag Abend kamen 248 Offiziere und 246 Mann an. Damit sind die Interniertentransporte aus der Schweiz beendet. Einzeltransporte werden in den nächsten Tagen noch erwartet, ebenso ein Transport Schweizerkrieger in der nächsten Woche.

Vom Bolschewikentrieg.

mx. Amsterdam, 14. Aug. Der von Reuter aus London übermittelte amtliche nordeuropäische Seereisebericht meldet einen am 10. August stattgefundenen erfolgreichen Angriff der britisch-russischen Truppen auf die bolschewistischen Streitkräfte am Dwinakfluß. Sechs feindliche Bataillone seien vollständig vernichtet, über tausend Gefangene gemacht und zwölf Geschütze sowie viele Maschinengewehre erbeutet worden. Die Front sei um ungefähr 12 Meilen vorgerückt worden.

mx. Berlin, 14. Aug. Die immer wieder auftauchende Nachricht — wie sie auch heute morgen von einer Berliner Zeitung gebracht wurde —, daß von der deutschen Regierung eine amtliche Botschaft an die bolschewistische Regierung geplant sei und ein Vertreter der Sowjetregierung in Berlin empfangen werden würde, ist eine Erfindung.

Der Prinz von Wales in Amerika.

mx. Amsterdam, 14. Aug. Das Preßbüro Radio meldet aus New York, daß der Prinz von Wales in St. Johns in Newfoundland eingetroffen ist.

Eine gute Mittelernte in Deutschland.

Von amtlicher Seite wird der Saatensstand im Deutschen Reich Anfang August wie folgt dargestellt, wobei 1 gleich sehr gut, 2 gleich gut, 3 gleich mittel und 4 gleich gering bedeutet: Winterweizen 2.6 (Juli d. J. 2.6), Sommerweizen 3 (3.1), Winterroggen 2.6 (2.7), Sommerroggen 2.9 (2.9), Sommergerste 2.8 (2.9), Hafer 2.8 (3.1), Kartoffeln 2.7 (2.7), Zuckerrüben 2.7 (3.0), Raps 2.8 (3.0), Weizen 2.7 (3.0).

Die Bitterung vertiefte im Juli wesentlich günstiger für die Feldfrüchte als in den Vormonaten. Wenn auch sommerliche Wärme und Sonnenschein fehlten, haben doch zahlreiche über das ganze Reich verbreitete Regenfälle das Wachstum gefördert und die Ernteaussichten verbessert. Die Winterhalbfelder liegen im großen und ganzen einen befriedigenden Erntetrug erwarten. Der Weizen zeigt vielfach Steinbrand und Rost. Beim Roggen war infolge andauernder und schwerer Niederschläge häufig starke Lagerung eingetreten, durch die das Mahlen sehr erschwert wurde. Der Stand des Sommergetreides hat sich durch die Niederschläge wesentlich gebessert, wenn auch die Folgen der Dürre nicht mehr ausgemerzt werden konnten. Am besten hat sich der Hafer erholt. An Dalmie ist die Sommerernte vielfach dünn und kurz geblieben, hin und wieder ist sie auch stark verunreinigt. Der Ertrag der Frühkartoffeln läßt vielfach zu wünschen übrig. Die späteren Sorten haben sich nach den Niederschlägen gut erholt, wenn sie auch infolge der frühen Bitterung im Wachstum zurückgeblieben sind. Verschiedentlich mochen sich Blattrollkrankheit und Schwarzbeinigkeit bemerkbar. Die Zuckerrüben haben zwar ihren Stand auch verbessert, befriedigen aber trotzdem nicht überall. Die Raps- und Luzernefelder, sowie die Weizen finden im allgemeinen eine etwas bessere Beurteilung als im Vormonat. Der Haferertrag war an Menge meist recht befriedigend, in der Güte hat er aber vielfach durch das regnerische Wetter gelitten.

Gesetz betr. Ausführung des Friedensvertrags.

mx. Berlin, 14. Aug. Die heutige Kabinettsitzung beriet, wie wir erfahren, den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Friedensvertrags. Abschnitt des Gesetzes sind: Die Regelung von Geldverbindlichkeiten, die Anforderungen von Leistungen, die gewerblichen Schutzrechte, die Verhältnisse der Hypothekendarlehen, die Ausgabe von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen durch das Reich, die Zwangs- und Strafmahnahmen, die einkaufsfähigen Angelegenheiten, die Aufhebung von Kriegsmahnahmen und die Ermächtigung zu weiteren Ausführungsbestimmungen.

Ungarischer Spion als Einbrecher.

mx. Berlin, 14. Aug. Wie die „B. Z.“ erklärt, wurde der tschechische Emittent Bartos von der Polizei bei einem Einbruch in das deutsch-österreichische Konsulat in Berlin ergriffen und mit seinen Komplizen verhaftet. In die Angelegenheit soll das tschechisch-slowakische Konsulat in Berlin, dessen Leiter Ruzka von den tschechischen Bartos Kenntnis gehabt hatte, verwickelt sein. Nach einer Mitteilung der „B. Z.“ sei man in eingeweihten deutschen Kreisen seit längerer Zeit davon unterrichtet, daß von tschechischer Seite der Versuch unternommen würde, in Deutschland einen regelrechten politischen Spionagedienst zu organisieren. Die Spione seien bei dem tschechischen Konsulat ein- und ausgegangen.

Der Milliardenhunger des Reichs.

Die Denkschrift des Reichsfinanzministers. Die vom Reichsfinanzminister Erzberger angekündigte Denkschrift über den künftigen finanziellen Bedarf des Reichs und seine Deckung ist der Nationalversammlung jetzt zugegangen. Wie schon mitgeteilt, wird der Gesamtbedarf von Reich, Staat und Gemeinden auf 24 Milliarden Mark beziffert, wobei auf den Reichsbedarf 17.5 und auf den Bedarf der Einzelstaaten und Gemeinden 6.5 Milliarden Mark entfallen.

Am einzelnen wird der Betrag für das Reich mit 17.5 Milliarden Mark wie folgt aufgeführt: für den Schuldendienst 10 Milliarden, für die Rüstung für Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen 4.3 Milliarden, für die Beurlaubte 1.5 Milliarden und für die Verwaltung 1.7 Milliarden Mark. Bei der Schätzung des Bedarfs für den Rüstungsdienst der Reichswehr von 10 Milliarden wurde davon ausgegangen, daß bis zum Ende des laufenden Rechnungsjahres die Reichswehr auf 200 Milliarden Mark angewachsen sein dürfte. Einmal ganz unklare Faktoren sind in den Schätzungen des Reichsbedarfs noch nicht berücksichtigt, und zwar per Saldo, der sich aus der Liquidation der Kriegsgesellschaften erheben wird, die Entschädigungsleistungen an die Entente und die Kosten für das Besatzungsheer. Die Ausgaben über den Bedarf der Einzelstaaten und Gemeinden beruhen auf Schätzungen; soweit es sich übersehen läßt, fällt von den 6.5 Milliarden Mark etwa je die Hälfte auf die Einzelstaaten und die Kommunalverbände.

Am Anhang an diese Denkschriften wird die Frage der Deckungsmöglichkeiten des Reichsbedarfs in der Denkschrift untersucht. Nach einem Ueberblick über die finanzielle Entwicklung der Rechnungsjahre 1913 bis 1918 wird für das Rechnungsjahr 1919 der Reichsbedarf auf 7 Milliarden Mark veranschlagt. Zur Deckung dieses Bedarfs sollen die Erbschaftsteuer, die Grundbesitzsteuer, die Zuckersteuer, die Tabaksteuer, die Veranlagungs-, Sünd-

waren, und Spielfartensteuer insgesamt einen Mehretrag von 1205,5 Millionen Mark für das Reich bringen. Aus der Kriegsaufgabe für 1919 und der Abgabe vom Vermögenszuwachs wird eine Ersparnis von 600 Millionen Mark an Ausgabegeldern erwartet. Für das Ergebnis der Rationsteuer steht eine Schätzung mit 15 Millionen Mark vor. Demnach würde sich das Gesamtergebnis dieser Steuern auf 1800 Millionen Mark belaufen. Aus laufenden Steuern ergeben sich also für das Reich mit den erwähnten neuen Steuern 7,5 Milliarden Mark. Dilemma! Auskommen steht, ohne Berücksichtigung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen, ein eigener Reichsbedarf von 17,5 Milliarden Mark gegenüber. Der Reibetrag erreicht demnach 10 Milliarden Mark. Er soll eine erste Ermäßigung durch die Erträge aus der Vermögensabgabe mit 2,5 bis 3 Milliarden Mark und durch den Ertrag aus der ausgebauten Umsatzsteuer, die einen Mehrerlös von 3 Milliarden Mark erbringen soll, erfassen. Damit würde das Defizit für das Reich von 10 auf 4,5 bis 4 Milliarden Mark gemindert. Daneben ist der gegen den Frieden um rund 5 Milliarden Mark schließende Bedarf der Länder und Gemeinden zu decken. Für diesen ganzen Mehrbedarf soll der Ausbau des bisherigen Steuerrechts und insbesondere die neue Reichseinkommensteuer die Deckungsmöglichkeiten schaffen.

Der Denkschrift ist dann eine Uebersicht über die direkten und indirekten Reichsteuern in ihrer Gesamtheit einschließlich der in Aussicht genommenen Steuererhöbungen, die vom Standpunkt der Ertragskraft der Steuerpflichtigen und der Möglichkeit einer Ertragssteigerung ausgeht.

Kurze politische Nachrichten.

Schönung des Kleinrentnerstandes.

Der Vorstand des in Rudolstadt tagenden Bundes der Kleinrentner Deutschlands wurde, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, vom Reichspräsidenten Ebert empfangen, dem er die bedrängte Lage der deutschen Kleinrentner darlegte. Ebert erklärte sich bereit, dem Reichsfinanzminister die Wünsche und Forderungen der deutschen Kleinrentner zu unterbreiten und betonte, daß ein Härteparagraf im Reichsnotengesetz unter allen Umständen vorgezogen würde und daß die Regierung nach Möglichkeit den Kleinrentnerstand schonen werde, von dessen Verdiensten um die Volkswirtschaft er überzeugt sei. Weiterhin betonte der Reichspräsident noch, daß die Annulierung der Kriegsanleihe unter allen Umständen ausgeschlossen sei, da sie ja gerade die wirtschaftlich am schwersten gefährdeten Kreise mit besonderer Schärfe treffen würde.

Die Wohnungsnot in Berlin.

Wie verlautet, sollen in Berlin das Generalstabsgebäude am Königsplatz und das Gebäude des Kriegsmünzmeistertums in der Leipziger und Wilhelmstraße als Notwohnungen für Beamtenfamilien der aus den abzutretenden Gebieten auswandern in Benutzung genommen werden. Der Park des Kriegsmünzmeistertums soll als öffentliche Anlage Verwendung finden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 15. August.

Verständliches. Zum Mittage der der Regierung in Wiesbaden angelagerten Oberverwaltungsämter sowie zum Stellvertreter des Direktors der Oberverwaltungsämter ist Regierungsrat Goltz ernannt worden.

Der „Gefangenerrat“ von Ehrach. In den gestern in der „W. Z.“ zum Abdruck abgedruckten „Wochenmarkt“ wurde die satirische gemeinte Vermutung geäußert, daß auch die Verbrecher bald ihren „Rat“ haben würden. Doch in der heutigen Zeit der „unbereinstimmten Mäßigkeit“ kann eine Vermutung noch so absurd und ungewöhnlich sein — die Tatsachen werden sie immer noch übertreffen. So haben die Anführer des „Hochheimes“ Ehrach folgende, im „Sozialdemokraten“, Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, erschienene „Kundgebung“ erlassen: „Rechnungsabgrenzung Ehrach, 22. Juli 1919. Parteigenossen im Bande, werde Genossen! Das Rechnungsabgrenzung hat bereits eine große Anzahl in sich aufgenommen. Bei der Mehrzahl unserer Freunde wurde festgestellt, daß sie einer tatkräftigen Unterstützung dringend bedürfen. Aus den im Kerker eingesperrten wird eine Kommission aus den Gefangenen selbst gebildet, welche die Bedürfnisse der einzelnen feststellt und die Verteilung der erwarteten Unterstützung regeln soll. In der Hauptfrage fehlt es uns an Lebensmitteln und Geld sowie an Raubwaren. Wir vertrauen auf die Hilfsbereitschaft der Genossen in der Freiheit und sind überzeugt, wenn jeder Einzelne draußen nur ein „Geringes“ beisteuert, wir soviel zusammenbekommen, um uns über die schwere Zeit der Isolation hinwegzuhelfen. Mehr denn je muß die flüchtende Arbeiterkraft den Satz beherzigen: Einer für alle, alle für einen. Trete für und ein, helfe und alle. Dann wird es nicht mehr lange dauern und die goldene Freiheit winkt uns wieder. Dann wollen wir geschlossen an eurer Seite für die gemeinsamen Ziele, für den wahren Sozialismus kämpfen. Das Dringlichste zur Befriedigung unserer Bedürfnisse ist Geld, sowohl zur Befriedigung der materiellen als geistigen Bedürfnisse und der ordnungsmäßigen Verwaltung unserer Interessen. In der Hauptfrage ist der Geldbedarf zur Bezahlung unserer Gefangenengemeinschaft bestimmt, welche die Befriedigung sämtlicher Bedürfnisse in gemeinsamer Verwaltung übernehmen soll. Für die Errichtung eines Kommunitäts in dringend bedürftig und wir bitten, es in natura leicht zu finden: ein Vertriebsapparat für die Diskussionen und Lesende, Zeitungshalter, Tinte, Feder, Lineal usw. Wir bitten unsere Genossen recht herzlich, unserem Kommunitäts recht schnell die nötigen Bausteine zukommen zu lassen. Gerade wir müssen von euch in die Lage versetzt werden, so gründlich wie möglich unsere Gefangenenschaft für die Zukunft des Proletariats auszunutzen. Für den Gefangenerrat: gez.: Zaubert, Haackemeier, Klinghöfer, Hartig, Kleinlein.“ Und da behaupten noch Einfältige, daß das „Hochhaus“ eine Strafe sei!

Stadtkreislich verordnet wird von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden die Monatsfrau Rosine Schmelch geborene Kaiser, geboren 14. Oktober 1894 zu Edenkoben (Rheinpfalz), zuletzt wohnhaft in Wiesbaden, wegen 71-6-1918.

Aus den Vororten.

Bierstadt.

Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung wurde die Anschaffung von vier Feuerlöschapparaten „Minimax“ empfohlen. Von sachmännlicher Seite wurde jedoch erklärt, daß für unsere Verhältnisse die einfachen Handfeuerlöcher zweckmäßiger seien. Es wurde daher beschlossen, von der Anschaffung der Minimaxapparate abzusehen. — Laut § 29 des Lehrerbefolgungsgesetzes von 1900 steht dem Rektor als Leiter der Volksschule bei Gewährung von Ortszulagen ein höherer Gehalt zu wie den Lehrern, wenn die Stellen-

zulage nur den Mindestsatz ausmacht, was hier der Fall ist. Trotzdem wurde eine diesbezügliche Eingabe abgelehnt und eine höhere Ortszulage nicht bewilligt. — Es wurden die Mittel bewilligt zur Herstellung eines Mafasplafiers in der Wiesbadener Straße. Aus soll der Uebergang von der Rathausstraße nach dem Postgebäude gepflastert werden. Die Verkehrskommission soll in der nächsten Zeit die Drähten und Kufsteine einer Bestimmung unterziehen, und dringende Mängel sollen alsbald abgekehrt werden. — Ein Wohnhaus ist in dieser teuren Bauperiode soweit fertiggestellt, und zwar Erbenheimer Straße 22. Der Besitzer desselben, Herr Wilhelm Bierbrauer, richtet an die Gemeindevertretung ein Gesuch um Uebernahme eines Teiles der Ueberbaurkosten auf die Gemeinde. Der Bau, der vor dem Kriege etwa 8450 Mark gekostet hätte, steht heute mit 20000 Mark zu Papier. Die Gemeindevertretung bewilligte als Gemeindevorschuss ein Viertel der Ueberbaurkosten, wenn sich Reich und Staat bereitzünden, den Rest von drei Vierteln auszufüllen.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

700jähriges Bestehen der Frankfurter St. Leonardskirche.

* Frankfurt a. M., 14. Aug. Am 15. August d. J. sind 700 Jahre verflossen, seit Kaiser Friedrich II. auf Witten der gesamten Bürgerchaft Frankfurt den Platz schenkte, auf dem heute die St. Leonardskirche steht. Anfangs der hl. Anna Maria und dem Schutzheiligen der Kreuzfahrer, dem hl. Georg, geweiht, wurde ihr im Jahre 1333 durch den Rat Heinrich eine Reliquie des hl. Leonards überbracht. Nach diesem Beistand wurde sie fortan genannt. Im Jahre 1310 wurde mit der Kirche ein Stift verbunden, das in der Blütezeit an 24 Stiftheuten und 81 Schüler zählte. Von 1792 bis 1809 war die Kirche verödet und diente als Magazin. Fürstbischof Karl von Dalberg stellte sie wieder her. 1802 gingen Kirche und Stift in den Besitz der Stadt über. St. Leonard ist die älteste Kirche der Stadt Frankfurt und hat hohen künstlerischen und architektonischen Wert. Aus Anlaß dieses Jubiläums findet in der Kirche am 15. August vormittags 9 Uhr ein Pontificalamt statt, das Prälat Dr. Hillich hält.

* Mainz, 14. Aug. Ein geheimnisvoller Vorfall. Vor einer Wirtin in der Fährstraße wurde ein hiesiger Landwehr in verletztem Zustand aufgefunden und zunächst in ein Haus und später nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht, wo er starb. Untersuchung zwecks Aufklärung der Angelegenheit ist eingeleitet.

* Mainz, 14. Aug. Vom Ertrinken gerettet. Am hiesigen Moosbühl spielten drei Jungen. Als einer von ihnen ins Wasser fiel, versuchten die beiden anderen, ihn zu retten, wurden aber von dem ins Wasser Gefallenen mit in die Tiefe gezogen. Ein Mann aus Mainz-Rombach sprang den Ertrinkenden gleich nach und rettete sie.

nz. **Sadamor.** A. Aug. Brandunglück. In der letzten Nacht brach in dem Hause des Schneiders Meier auf dem Markt Feuer aus, bei welchem die Frau und fünf Kinder in den Flammen umkamen. Nur der Mann und ein Sohn konnten sich retten.

rp. **Weslar.** 13. Aug. Erzläger. Bahnbau. In der geplanten Hinterlandbahn von der mittleren Bahn nach Biedenkopf besteht seit Jahren ein Wettbewerb in Bezug auf Einmündung der Bahn zwischen den Städten Weslar und Gießen. Jetzt ist die Frage von der Eisenbahnbehörde zugunsten von Weslar entschieden worden; man will vorläufig eine Teilstrecke der genannten Bahn bauen, und zwar von Königshausen über Baldarmes nach Weslar. Die dringende Notwendigkeit des Baues hat sich dadurch erwiesen, daß die Firma Mannesmann aus Düsseldorf im letzten Jahre die ganze Gemarkung Königshausen als geschlossenes Grubenfeld in sogenannter Diskontoverleihen vom Hiesigen-Nassauischen Sparverein für mehrere Millionen käuflich erworben und bedeutende Aufschüsse an Notentzinsen und Mägen gemacht hat. Auch läßt dieselbe jetzt in ihren anstehenden Grubenfeldern in den Gemarkungen Baldarmes und Raunheim Schürungen auf Erzlager ausführen. Die Man in einem neuen Resultate geführt haben. Ebenso haben die Firmen Krupp und Stumm sowie die Buderus'schen Eisenwerke an der geplanten Teilstrecke bestehende Grubenfelder. Zwischen diesen Interessenten findet am 18. August in Düsseldorf eine Sitzung in der Angelegenheit statt. Die Bahn soll in die Strecke Weslar-Pollard einmünden, nur ist man über das Wo und Wie noch nicht schlüssig. Die Eisenbahnbehörde läßt zwei Projekte ausarbeiten; das eine mit einer neuen Bahnbrücke unterhalb Baldarmes, das andere mit der Verleanna des Bahnhofes Pollard unterhalb dieses Ortes mit Benutzung der alten Bahnbrücke der Strecke Weslar-Pollard.

Vermischtes.

Eine Banknotenfälscherfabrik aufzudecken. Aus Berlin, 14. Aug. wird gemeldet: Gestern gelang es der neugegründeten Reichsbankfalschfabrikation, nachdem sie bereits in den letzten 14 Tagen verschiedene gewerbmäßige Betrüger von falschen 50-Mark-Scheinen festgenommen hatte, eine ganze Fabrik zur Herstellung von falschen Scheinen aufzudecken. In einer Berliner Eisenbrücke in der Pfefferstraße wurde nachts die Scheine hergestellt und in der Hauptstraße durch einen Schlichter Schiele und einen Kaufmann und Villenbesitzer Paul Gemeinhardt vertrieben. Auch ein Hamburger Bankbeamter ist dabei beteiligt. Gemeinhardt allein hatte für 60000 Mark falsche Scheine gekauft. Ein anderer Schlichter kaufte sich aus dem Erlös der falschen Scheine eine Villa, und wieder andere betrieben einen schwunghaften Pferdehandel, sodaß sie bis zu 13 Pferden im Stall hatten. Die Bankmänner waren bereits daran, eine neue Sorte Fälschermarknoten herzustellen.

Sport.

Schwimmsport. Die Tätigkeit des Schwimmklub „Senta“ Wiesbaden ist begünstigt durch das herrliche Wetter. Im vollen Gange. Durch Unterstützung der Schwimmvereine sind bereits sehr gute Erfolge auf dem Gebiet des Kunst- sowie Wettschwimmens erzielt worden. Durch das launehafte Auftreten mehrerer Mitglieder hat der Verein an Ansehen und Größe bedeutend gewonnen. Die regelmäßigen Schwimmübungen des S. S. W. finden allwöchentlich Montags und Donnerstags, abends von 6.30 Uhr ab bei Paul Hellus Söhne, Viehhof 11, statt. Schwimmwart ist Herr Fritz Hüner, Wiesbaden, Alsterstraße 31. Anmeldungen wolle man an die Vereinsleitung, Alsterstraße 3, 3. richten.

Fußball. Die 1. und 2. Mannschaften des Wiesbadener Fußballvereins „Germania“ trafen am Sonntag, den 17. August nach Griesheim zum Wettspiel gegen die alsdann Mannschaften des dortigen Fußballklubs „Mannschaft“ an. Zeitpunkt 11.45 Uhr am Bahnhof. — Der Sportverein Wiesbaden eröffnet am kommenden Sonntag die Wettspielstätte. Die erste Mannschaft folgt einem Lauf der „Fortuna“ Koblenz, um gegen deren 1. Mannschaft anläßlich der Sportplatinenweihung ein Wettspiel

anzutreten. Die zweite, dritte und vierte Mannschaft treten gegen die erste, zweite und dritte Mannschaft der „Fortuna“ Koblenz auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße. Beginn des ersten Spiels (3. Mannschaften) um 1.30 Uhr.

Vollwirtschaft.

Berliner Börse.

Starke Verkümmung auf Rückgang des Marktes. Der 14. Aug. Aufwachen mit der fortgesetzten Anhebung der Marktpreise und den ungünstigen Streifenänderungen auf Oberflächen war die Börse bei harter Geschäftslage recht verstimmt. Kriessanleihe, Schatzscheine und alte heimische Anleihen waren erneut niedriger, Ertrags notiert 78,70. Rente waren mit unbedeutender Ausnahme 1 bis 4 Prozent rückgängig, später jedoch teilweise leicht erhöht. In Staatspapieren traten in Canada Pacific und Petroleum-Aktien Rückgänge ein. Auch Orientbahn und türkische Tabakaktien nachgeben. Die Börse behielt weiterhin das Gepräge eines beschränkten Aufstiegs und Verfallens bei, wofür auch die neue, beherrschende Maßnahme gegen die Kapitalabwanderung verantwortlich gemacht wird.

Berlin, 14. August 1919.

	V.K.	L.K.		V.K.	L.K.
Schatzung.....	120.-	129.75	Gelsenkirches	171.-	168.-
Lombard.....	20.25	20.25	Warner.....	157.25	157.25
Hamburg-Amerika.....	100.25	100.-	Hochw. Fabrik.....	79.-	79.-
Nordd. Lloyd.....	101.75	101.37	Karl Aschersleben.....	152.75	152.75
Berl. Handelsbank.....	152.-	151.75	Lahmeyer.....	109.-	109.25
Darmst. Bank.....	106.25	106.-	Launshütte.....	145.25	145.25
Deutsche Bank.....	193.-	193.50	Oberschles. Eisen.....	142.50	142.50
Disconto Commandit.....	153.75	154.-	Phönix.....	177.75	177.75
Dresdner Bank.....	129.25	129.25	Rheinische Metall.....	173.75	173.75
Adlerwerke.....	205.-	206.-	Rhein. Stahlwerke.....	131.12	131.12
Allgem. Elektriz.....	158.37	158.12	Rhein. Montan.....	152.37	152.37
Badische Anilin.....	328.-	328.25	Schuckert.....	119.50	119.75
Böckmann Osm.....	173.-	172.62	Siemens & Halske.....	179.-	179.-
Bader.....	131.50	130.-	Ver. Osm. Rottm.....	179.-	179.-
Chem. Griesheim.....	194.50	193.50	Westere, Alkali.....	213.50	213.50
Chem. Albert.....	320.-	320.-	Zellstoff Waldhof.....	164.25	164.25
Daimler Motoren.....	195.25	195.50	Neugut.....	214.-	212.50
Deutch Luxemburg.....	142.75	141.50	Ostasi. Minen.....	142.50	143.-
Deutsche Waffen.....	197.-	197.50	Ostasi. Genußsch.....	110.25	114.-

Berlin, 14. August. Devisenmarkt. Teilweise Anhebungen.

	13. August 1919	14. August 1919
Holland.....	690.-	690.50
Dänemark.....	346.-	346.50
Schweden.....	445.-	445.50
Norwegen.....	420.-	420.50
Schwiz.....	319.-	319.25
Oesterreich-Ungarn.....	42.45	42.55
Rumänien.....	325.-	325.-
Konstantinopel.....	325.-	325.-
Spanien.....	325.-	325.-
Helingsfors.....	105.25	105.75

Börsen und Banken.

Die Inosentische Viehbrüder Stadtanleihe von 1919 über 12000000, die von einem Konfession, bestehend aus der hiesigen Sparkasse, Viehbrüder, Bank für Handel und Industrie, hiesige Viehbrüder und der Viehbrüder Bank v. O. m. b. H., übernommen wurde, ist bereits durch die Voranmeldungen bedeutend überzeichnet.

Gewinnverteilung: Bernhard Gröbner.

Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: B. Gröbner; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: H. E. Gröbner; für Stadt und Landwirtschaft, Bericht aus Sport: Heinz Gröbner; für die Angelegen: G. H. Gröbner; sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G.m.b.H.

Statt Karten!

Ihre am 15. August in Weilburg stattgefundene **VERMÄHLUNG** geben hierdurch bekannt

Hauptmann Georg Meishenburg
und **Frau Ilse, geb. Radloff.**

Weilburg a. d. L., Hindenburgstrasse 8. [2829]

Elektr. Installat.-Material

Flack, Luisenstr. 44 neben Residenz-Theater.

Telefon 747 frei.

Grabdenkmal- und Friedhofskunst

Geplante Grabdenkmäler und Friedhofskunst. Wiesbaden. Nikolausstraße 3. Erleben 404.

Bekanntmachung.

Samstag, den 18. August, mittags 12 Uhr verleihe ich im Hause Selenstraße 8, hier

1 Schreibstisch, 1 Bücherstapel und 1 Bettsofa öffentlich meistbietend zwangsweise gegen Barsahlung.

Consdorfer,

Gesellschaftsleiter, Hofstraße 12.

Betr.: Verkehr mit Stroh.

Auf Befehl der französischen Behörde wird das für den erlassenen Ausfuhrverbot auch auf Stroh ausgedehnt. Wiesbaden, den 5. August 1919.

Der Konsulatsrat.

In das Handelsregister, Abteilung A ist bei der Firma **Ab. Stahlhuth**, Dies (Nr. 5 des Registers) am 30. Juli 1919 Folgendes eingetragen worden:

Die Firma ist erloschen.

Das Amtsgericht Dies. (475)

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Witwe **Berta Geerlein** zu Wiesbaden wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Wiesbaden, den 9. August 1919.

Das Amtsgericht, Abteilung 17. (174)

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Lebensmitteln am Sonntag, 16. August 1919 in den hiesigen Gefängnissen. Es entfallen auf jede Person mit Ausnahme der Selbstverpfleger: 250 Gr. Weizenmehl, 125 Gr. Reis, 200 Gr. Gerstentrocken, 250 Gr. Kartoffeln, 50 Gr. Zwiebelpulver, 50 Gr. Zucker nach Bedarf. — Die Lebensmittelabgabe ist vorzunehmen.

Darüber sind der Gemeinde vier ausgewiesen worden. Es entfallen auf jede Familie bis zu vier Personen 2 Eier. Familien von 5 und mehr Personen erhalten 4 Eier. Bezugsscheine sind vorher auf der Lebensmittelstelle in Empfang zu nehmen.

Sonnenberg, den 14. August 1919.

Der Bürgermeister, J. A. Wagner, Schöffe. (474)